

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 104. und 105. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 1. Dezember 2005, und Freitag, dem 2. Dezember 2005

1. Abgeordneter Manfred Nink (SPD)

Geplante Kürzung der Regionalisierungsmittel

Pressemeldungen zufolge plant die Bundesregierung, die Mittel für den regionalen Schienenverkehr (Regionalisierungsmittel) bis zum Jahre 2009 stufenweise um insgesamt 2,15 Milliarden Euro zu kürzen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die beabsichtigte Kürzung der Regionalisierungsmittel?
2. Welche Auswirkungen hätten die Mittelkürzungen aus Sicht der Landesregierung für den „Rheinland-Pfalz-Takt“?
3. Welche Maßnahmen wird die Landesregierung ergreifen, um einer Kürzung der Regionalisierungsmittel entgegenzutreten?
4. Welche Möglichkeiten haben die Bundesländer, um eine Mittelkürzung zu verhindern?

2. Abgeordnete Marlies Kohnle-Gros und Dr. Josef Rosenbauer (CDU)

Rücktritt des Verwaltungsdirektors des Klinikums der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Vor wenigen Tagen ist der Verwaltungsdirektor des Klinikums der Johannes Gutenberg-Universität Mainz zurückgetreten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Steht der Rücktritt des Verwaltungsdirektors des Klinikums der Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Zusammenhang mit dem Scheitern des Erneuerungskonzeptes?
2. Welche Schritte hat der Aufsichtsratsvorsitzende Professor Dr. Jürgen Zöllner unternommen, um den sich seit Jahren abzeichnenden Defiziten in der Krankenversorgung mit zeitgemäßen Mitteln zu begegnen?
3. Sieht die Landesregierung einen Interessenkonflikt zwischen dem rheinland-pfälzischen Wissenschaftsminister und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Zöllner?
4. Trifft es zu, dass mit Forschungsgeldern Defizite aus der Krankenversorgung subventioniert werden?

Hinweis der Landtagsverwaltung:

Die Mündlichen Anfragen Nr. 17 und 19 sind fristgerecht für die 105. Plenarsitzung am Freitag, dem 2. Dezember 2005, eingegangen.

3. Abgeordnete

Friedel Grützmaker
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nazikameradschaft Westerwald

„Die Staatsanwaltschaft Koblenz hat Anklage zur Staatsschutzkammer des Landgerichts Koblenz gegen insgesamt 16 Tatverdächtige wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung erhoben.

Mit der Anklageschrift wird ihnen zur Last gelegt, Angehörige der ‚Kameradschaft Westerwald‘ gewesen zu sein, bezüglich derer nach dem Ergebnis der langwierigen und schwierigen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der Kriminaldirektion Koblenz der Verdacht besteht, dass es sich um eine kriminelle Vereinigung handelt.“

(Pressemeldung der Staatsanwaltschaft Koblenz vom 10. November 2005)

Christoph H. erklärte dem Koblenzer Gericht, die NPD habe Mitte des Jahres 2002 die Gründung der Kameradschaft Westerwald angeregt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum hat der Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 2004 die Kameradschaft Westerwald nicht als gewalttätig, kriminell und gefährlich beschrieben und daher den Eindruck erweckt, dass die Kameradschaft harmloser sei, als sich jetzt im Gerichtsverfahren darstellt?
2. Wie erklärt sich die Landesregierung die Fehleinschätzung des Verfassungsschutzes?
3. Ist es zutreffend, dass es enge Verbindungen zur NPD gibt bzw. dass die NPD die Gründung der Nazikameradschaft begleitet hat?
4. Ist es zutreffend, dass der Verfassungsschutz Informanten bei der NPD hat bzw. hatte, wie jüngst im saarländischen Schiedsgerichtsverfahren gegen den rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden der NPD, Herrn Marx, erklärt wurde?

4. Abgeordneter

Gerd Schreiner (CDU)

Aktivitäten der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e. V.“

Mit rund 18 Vereinen und ca. 600 Mitgliedern und zahlreichen Sympathisanten ist die Milli Görüs die größte Organisation islamistischer Prägung in Rheinland-Pfalz. Bundesweit werden ihr ca. 26 500 Mitglieder zugerechnet. Milli Görüs unterstützt Bestrebungen auch politischer Art, die unvereinbar sind mit den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und wird auch vom rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz beobachtet. In einer der Milli Görüs sehr nahe stehenden Zeitschrift, der Milli Gazete, finden sich in dichter Regelmäßigkeit massive, ja diffamierende antiisraelische und antiamerikanische Aussagen sowie Verschwörungstheorien. Ausgaben der Zeitschriften liegen in zahlreichen örtlichen Milli Görüs-Vereinen zur Lektüre aus, die Möglichkeit zur Einsichtnahme wird somit aktiv angeboten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die bisherigen und aktuellen Aktivitäten der Gruppierung Milli Görüs landesweit sowie speziell für Mainz?
2. Über wie viele Aktivisten und Sympathisanten verfügt Milli Görüs in Mainz, wie viele sind es in anderen Städten und landesweit?
3. Mit welcher Begründung lehnten rheinland-pfälzische Gerichte bislang sämtliche von Milli Görüs betriebenen Gerichtsverfahren z. B. gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz oder gegen die Ablehnung der Einbürgerung ab?

5. Abgeordneter

Reinhold Hohn (FDP)

ICE-Halt in Montabaur

Am 1. August 2002 wurde die ICE-Strecke Köln – Rhein-Main eröffnet. Auf Betreiben der rheinland-pfälzischen Landesregierung wurde auch ein Halt des ICE in Montabaur durchgesetzt. Vor dem Hintergrund der Fahrplanänderung der Deutschen Bahn AG zum 11. Dezember 2005 frage ich die Landesregierung:

1. Wurden zusätzliche ICE-Verbindungen am ICE-Bahnhof in Montabaur aufgenommen?
2. Wie hoch ist das tägliche Fahrgastaufkommen in Montabaur zurzeit?
3. Wie haben sich die Fahrgastzahlen in Montabaur seit Inbetriebnahme der ICE-Strecke vor drei Jahren entwickelt?
4. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, inwieweit die Stadt Montabaur vom ICE-Halt profitiert hat?

6. Abgeordneter**Reiner Marz****(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****„Abzocke“ beim Verkauf von WM-Eintrittskarten durch FIFA und DFB**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um gegen die Vorkasse bei der Bestellung von Eintrittskarten und die Bearbeitungsgebühr von fünf Euro, die auch dann fällig wird, wenn man keine Karten erhält, vorzugehen?
2. Welche Sponsoren haben wie viele Tickets für welche Spiele erhalten?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, dass die WM-Spiele in Kaiserslautern vor einem voll besuchten Stadion stattfinden, und ist eine Last-Minute-Ticketbörse vorgesehen, die Karten an Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer kurzfristig verkauft?
4. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung gegenüber dem vom Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar kritisierten Vorhaben des Deutschen Fußballbundes, bei circa 220 000 an der WM 2006 beteiligten Menschen eine „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz zu stellen?

7. Abgeordnete**Friederike Ebli und****Sigrid Mangold-Wegner****(SPD)****Reform der EU-Zuckermarktordnung**

Die EU-Agrarminister haben sich am 24. November 2005 auf eine Reform der bestehenden Zuckermarktordnung geeinigt. Eine Neuordnung des europäischen Zuckermarktes war auf Druck der Welthandelsorganisation (WTO) notwendig geworden. Die EU war zudem bei einer Klage vor der WTO durch Brasilien, Thailand und Australien zum weltweiten Zuckerhandel unterlegen. Die Europäische Kommission hatte zuletzt am 22. Juni 2005 Reformvorschläge zur gemeinsamen Marktorganisation für Zucker vorgelegt, die jedoch von verschiedenen Seiten und insbesondere von den landwirtschaftlichen Organisationen kritisiert wurden. Einzelne Regionen in Rheinland-Pfalz wären von den ursprünglichen Vorschlägen der EU-Kommission zum Zuckermarkt durch den rheinland-pfälzischen Zuckerrübenanbau und der damit verbundenen Zuckerrübenverarbeitung besonders betroffen gewesen. Im Verlauf der Diskussion um eine Reform der EU-Zuckermarktordnung hatte sich Rheinland-Pfalz bei aller Akzeptanz notwendiger Reformen immer auch dafür eingesetzt, dass eine Neuordnung der EU-Zuckermarktordnung gleichfalls den Interessen der Zuckerrübenanbauer und den Arbeitsplätzen innerhalb der Zuckerrübenverarbeitung Rechnung trägt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Punkte beinhaltet die aktuelle Einigung zur Reform der EU-Zuckermarktordnung auch in Bezug auf Rheinland-Pfalz?
2. Konnte bei den Beschlüssen zur EU-Zuckermarktordnung eine umfassende Einigung erreicht werden?
3. Wie wird die aktuelle Einigung insbesondere von der Landesregierung und den landwirtschaftlichen Verbänden eingeschätzt?
4. Ermöglicht die aktuelle europäische Einigung eine sozial verträgliche Anpassung der Landwirtschaft und der zuckerverarbeitenden Industrie an die neue EU-Zuckermarktordnung?

8. Abgeordneter
Roger Lewentz (SPD)

Bedeutung und Entwicklung des neuen Wanderweges „Rheinsteig“ als wichtiger Baustein der Tourismusförderung im UNESCO- Welterbe Oberes Mittelrheintal

Am 8. September 2005 wurde der Rheinsteig als länderübergreifender und 320 km langer Wanderweg von Wiesbaden durch das UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal bis nach Bonn im Rahmen eines Festaktes auf der Festung Ehrenbreitstein in Koblenz offiziell eröffnet. Der Rheinsteig verbindet damit nicht nur etablierte und herausragende Tourismusgebiete dreier Bundesländer, sondern es ist mit dem Projekt die Erwartung verbunden, dass vermehrt Besucher aus dem In- und Ausland das Rheintal als landschaftlich und kulturell reizvolles Gebiet entdecken werden. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ (Nr. 37/2005 vom 8. September 2005) hat treffend davon gesprochen, dass der Rheinsteig kein „von Gott oder mittelalterlichen Handelsleuten gewollter, sondern ein von Tourismusstrategen ausgetüftelter“ Wanderweg ist. Er sei „der unbequemste Wanderweg, um von Bonn nach Wiesbaden zu gelangen. Aber auch der Schönste.“ Mit der Domäne www.rheinsteig.de wurde für das Projekt ein überzeugender Internetauftritt etabliert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie und in welchem Umfang hat das Land das Projekt „Rheinsteig“ in ideeller und finanzieller Hinsicht unterstützt?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung des Rheinsteigs für die Tourismusentwicklung im Oberen Mittelrheintal?
3. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um den Wandertourismus im Oberen Mittelrheintal voranzubringen?
4. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den dortigen Gemeinden und der örtlichen Hotellerie, Gastronomie und Weinwirtschaft?

9. Abgeordneter
Hans-Josef Bracht (CDU)

Finanzierung des Fritz-Walter-Stadions in Kaiserslautern

Die sportliche und wirtschaftliche Zukunft des Fußballklubs 1.FC Kaiserslautern bereitet derzeit große Sorgen. Der Vorstandsvorsitzende ist zurückgetreten. Es herrscht damit Vakanz im Management. Ein neuer Trainer steht vor einer sehr schwierigen Situation. Der Klub ist der dauerhafte Hauptnutzer des Fritz-Walter-Stadions, das derzeit mit umfangreicher Hilfe des Landes Rheinland-Pfalz zu einem für die Fußball-Weltmeisterschaft tauglichen Stadion ausgebaut wird. Repräsentanten der Landesregierung haben diese Sorgen mehrfach öffentlich ausgesprochen. Jetzt müssen alle zusammenstehen und dem FCK in dieser schwierigen Lage beistehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Verfolgt die Landesregierung ein eigenes Konzept zur sportlichen Rettung des 1. FCK oder ist ihr ein Konzept bekannt, das sie gegebenenfalls und mit welchen Mitteln unterstützen will?
2. Wie hoch werden bis zur Fertigstellung die Leistungen des Landes für den Ausbau des Fritz-Walter-Stadions sein?
3. Welche Refinanzierungsleistungen für die Investitionen sind aus Mieten oder Pachten für die Nutzung des Stadions durch den 1. FCK und gegebenenfalls andere Nutzer vorgesehen und erforderlich?
4. Welche Refinanzierung der Investitionsaufwendungen aus dem Landeshaushalt ist für den Fall vorgesehen, dass der 1. FCK wirtschaftlich nicht in der Lage ist, seinen vorgesehenen Beitrag zu leisten?

10. Abgeordnete

**Alexander Licht und
Herbert Jullien (CDU)**

Eintreten des Ministerpräsidenten für eine Versicherung gegen Hochwasser- und Elementarschäden

Nach aktuellen Berichten tritt Ministerpräsident Beck erneut für eine Pflichtversicherung gegen Hochwasser- und Elementarschäden ein.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Chancen gibt die Landesregierung dem Eintreten des Ministerpräsidenten für eine Pflichtversicherung gegen Hochwasser- und Elementarschäden, nachdem seine bisherigen diesbezüglichen Ankündigungen seit 2002 ergebnislos verlaufen sind?
2. Wie stellt sich die Landesregierung die Lösung der grundlegenden und bisher ungelösten Fragen beispielsweise zum Thema Umfang der Versicherung, zur verfassungs- und europarechtlichen Zulässigkeit, zu finanzieller Belastung und Beitragskalkulation, zu Selbstbehalt und Verwaltungsaufwand sowie zu Risikozonierung und Leistungshöhe vor, angesichts derer die Ministerpräsidentenkonferenz die Angelegenheit seit Frühjahr 2004 nicht mehr weiter verfolgt hat?
3. Warum setzt sich die Landesregierung nicht für den Hochwasserfonds ein, den die Hochwasser-Enquete-Kommission des Landtags favorisiert hat?
4. Wie lange sollen die betroffenen Menschen hinsichtlich des Schutzes vor Hochwasser- und Elementarschäden noch im Regen stehen gelassen werden?

11. Abgeordnete

**Elke Kiltz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Täuschung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch Ekelfleisch – Gegenmaßnahmen der Landesregierung

Der aktuelle Fleischskandal, ausgehend von einem Handelsbetrieb in Troisdorf, wirft erneut die Frage auf, mit welchen staatlichen Mitteln die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Täuschung und gesundheitlichen Gefahren beim Fleischverzehr besser geschützt werden können. In der Lebensmittelüberwachung haben die Bundesländer weitreichende Verantwortung wahrzunehmen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Mit welchen Ergebnissen sind in Rheinland-Pfalz die von allen Bundesländern zugesagten Kontrollen aller Tiefkühlhäuser erfolgt?
2. Hält die Landesregierung die personelle und sachliche Ausstattung der Lebensmittelüberwachung in Rheinland-Pfalz für ausreichend vor dem Hintergrund der letzten Skandale und zukünftig wachsender Aufgaben aufgrund der neuen EU-Regelungen?
3. In wie vielen Fällen wurden in den vergangenen zwei Jahren jeweils bei Routinekontrollen und bei Verdachtskontrollen verdorbene und/oder umetikettierte Fleischwaren entdeckt, welche Maßnahmen wurden eingeleitet und welche Strafen wurden letztlich verhängt?

12. Abgeordneter

Reinhold Hohn (FDP)

Wasserqualität des Rheins

Seit 1990 besteht in Worms die Rheingütestation, welche die Qualität des Rheinwassers überprüft. Diese Einrichtung wird mit einem jährlichen Kostenaufwand von 400 000 Euro zu je einem Drittel durch die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz finanziert. Das Land Hessen hat für seinen Teil den Vertrag gekündigt, unter der Voraussetzung einer abgesenkten Kostenbeteiligung auf 20 % einem einjährigen Moratorium zugestimmt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Schätzt die Landesregierung den Betrieb und die sich daraus ergebenden Ergebnisse der Rheingütestation in Worms so hoch ein, dass sie einen Weiterbetrieb der Station auch ohne die Teilnahme von Hessen für gerechtfertigt hält?
2. Wenn ja, ist die Landesregierung bereit, die für den weiteren Betrieb der Rheingütestation erforderlichen erhöhten Kosten evtl. nur gemeinsam mit Baden-Württemberg bereitzustellen?
3. Ist die Rheingütestation eine zeitlich befristete oder zeitlich unbefristete Einrichtung?

13. Abgeordneter
Dr. Josef Rosenbauer
(CDU)

Situation im Bereich der ambulanten Operationen

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Versorgungssituation bei ambulanten Operationen vor dem Hintergrund aktueller Ankündigungen niedergelassener Ärzte, derartige Operationen bei Kassenpatienten als Protest gegen nicht mehr kostendeckende Honorare einzuschränken?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation der ambulanten Operateure als Anlass für die gemachten Ankündigungen?
3. Welche Maßnahmen sind seitens der Landesregierung und anderer Stellen vorgesehen, um die Versorgungssicherheit bei ambulanten Operationen zu gewährleisten?

14. Abgeordneter
Carsten Pörksen (SPD)

Bürgerkongresse der Landesregierung

Die Bürgerkongresse der Landesregierung waren ein Beispiel für neue Formen des Dialogs zwischen der Politik und engagierten Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft. Hunderte von rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern konnten mit Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden über die zukünftige Entwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft in Rheinland-Pfalz diskutieren und gemeinsame Empfehlungen erarbeiten. Dieser Dialog mündete in ein „Zukunftsmanifest der Bürgerinnen und Bürger“. Dieses Zukunftsmanifest ist bundesweit einzigartig. Damit diese neue Form des Dialogs und der Zusammenarbeit fortgesetzt werden kann, sollten die in den Bürgerkongressen entwickelten Empfehlungen im alltäglichen Regierungshandeln besonders beachtet werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Was waren die wesentlichen Gründe für die einzelnen Themenschwerpunkte der jeweiligen Bürgerkongresse?
2. In welcher Art und Weise hat die Landesregierung bei der Vorbereitung und Durchführung der Bürgerkongresse mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern zusammengearbeitet?
3. Bewertet die Landesregierung die Bürgerkongresse als Erfolg?
4. Gedenkt die Landesregierung die Ergebnisse der einzelnen Bürgerkongresse in ihrem zukünftigen Handeln zu berücksichtigen?

15. Abgeordnete
Rudolf Franzmann und
Hildrun Siegrist (SPD)

Zwischenbilanz zum Arbeitsprogramm der Präsidentschaft der Großregion

Die Repräsentanten der Großregion Saarland-Lothringen-Luxemburg-Rheinland-Pfalz-Wallonie-Deutschsprachige und Französische Gemeinschaft Belgiens hatten sich aktuell zu einem Arbeitsgipfel getroffen. Anlässlich der Halbzeit der 18-monatigen rheinland-pfälzischen Präsidentschaft durch Ministerpräsident Kurt Beck war eine gemeinsam gezogene Zwischenbilanz zum 10-Punkte-Programm unter rheinland-pfälzischem Vorsitz Thema des Arbeitsgipfels.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Schwerpunkte der Präsidentschaft der Großregion sind durch das 10-Punkte-Programm der Großregion unter rheinland-pfälzischem Vorsitz gesetzt worden?
2. Wie ist der aktuelle Stand des Arbeitsprogramms und welche Aufgaben konnten bereits umgesetzt werden?
3. Inwiefern sollen innerhalb des Arbeitsprogramms auch die Interessen der Großregion in Europa gestärkt und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensiviert werden?

- 16. Abgeordneter**
Alexander Licht (CDU)
- Neufassung des Rundschreibens zur Zulässigkeit von Windenergieanlagen**
- Nachdem bereits vor langer Zeit eine Neufassung des Rundschreibens zur Zulässigkeit von Windenergieanlagen angekündigt worden ist, dieses aber bisher noch nicht vorliegt, frage ich die Landesregierung:
1. Inwiefern verzögern unterschiedliche Auffassungen zwischen den beteiligten Ressorts der Landesregierung die Fertigstellung des seit langem angekündigten neuen Rundschreibens?
 2. Hält die Landesregierung es angesichts der wachsenden Sensibilität der Bevölkerung und des Mengen- und Größenwachstums der Windenergieanlagen in Rheinland-Pfalz nicht für angebracht, endlich einen Mindestabstand von Windenergieanlagen zu allen Wohnbebauungen von 1 000 m vorzusehen, der mit besonders hohen Anlagen anwachsen muss?
 3. Hält es die Landesregierung nicht für an der Zeit, den Wald zur Tabuzone für Windkraftanlagen zu erklären, nachdem die Grundsätze für Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 2005 dies ebenfalls vorsehen?
 4. Wann ist die Inkraftsetzung des geplanten Rundschreibens vorgesehen?
- 17. Abgeordnete**
Ise Thomas
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Bewerberinnen- und Bewerber-Boom an der Universität Mainz zum Wintersemester 2005/2006**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie viele Hochschulzugangsberechtigte haben sich im Zeitraum vom Wintersemester 2000/2001 bis zum Wintersemester 2005/2006 jeweils um ein Studium an der Universität Mainz beworben und wie viele haben dort jeweils ein Studium begonnen (bitte nach den einzelnen Wintersemestern aufschlüsseln)?
 2. Wie hat sich in diesem Zeitraum die Zahl der zulassungsbeschränkten Studiengänge an der Universität Mainz entwickelt (gemäß Hochschul-Zulassungszahl-Verordnung und ggf. gemäß interner Absprachen)?
 3. Welche Verfahren wurden zur Auswahl der Studienanfängerinnen und -anfänger für diese zulassungsbeschränkten Studiengänge durchgeführt (bitte nach der Zahl der zulassungsbeschränkten Studiengänge in den Wintersemestern der einzelnen Jahre aufschlüsseln)?
 4. Wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklungen, die auch an den anderen Hochschulen im Land beim Anstieg der Bewerberinnen und Bewerber festzustellen sind vor dem Hintergrund der vielfach erhobenen und begründeten Forderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft, die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen stark zu steigern?
- 18. Abgeordneter**
Günter Rösch (SPD)
- „Fit für den Job“**
- Als ein Element der Arbeitsmarktinitiative „Neue Chancen: 6 000 plus für Jung und Alt“ sollen mit dem Programm „Fit für den Job“ die Chancen von Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz durch berufsnahe Qualifizierungen verbessert werden. Das Programm startete Anfang November in Zusammenarbeit von Landesregierung und Regionaldirektion Rheinland-Pfalz und Saarland.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Welche Maßnahmen beinhaltet das Programm im Einzelnen?
 2. Welche Ziele sind damit verbunden?
 3. Welchen jungen Menschen werden mit diesem Programm angesprochen?
 4. Welche weiteren Maßnahmen unternimmt die Landesregierung, damit allen ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt wird?

19. Abgeordnete
Margit Mohr (SPD)

Sicherstellung der Stromversorgung in Rheinland-Pfalz auch bei außergewöhnlichen Wetterlagen

Aufgrund einer außergewöhnlichen Wetterlage ist im Nordwesten Deutschlands in 25 Gemeinden die Stromversorgung komplett ausgefallen. Nach Angaben des Energieversorgers RWE waren davon 250 000 Einwohner betroffen.

In zwei Landkreisen gab es Katastrophenalarm. In einer Gemeinde wurde ein Altersheim evakuiert. Presseberichten zufolge prüft die Bundesregierung derzeit mögliche Konsequenzen aus dem Schneechaos und den tagelangen Stromausfällen. Auch die Bundesnetzagentur will mögliche Versäumnisse bei den Versorgern prüfen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob bei ähnlich widrigen Witterungsverhältnissen in Rheinland-Pfalz ähnliche Probleme wie in den jetzt im Nordwesten Deutschlands betroffenen Gebieten zu befürchten wären?
2. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse im Hinblick auf die technischen Voraussetzungen der Versorgung über Ring- und Stickleitungen vor, entsprechen insbesondere die technischen und statischen Bedingungen der Versorgungsnetze den neuesten Vorgaben?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Notfallvorsorge- und Notfallmaßnahmen der größeren Versorgungsunternehmen?
4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber, ob und welche Konsequenzen die rheinland-pfälzischen Stromversorger aus dem Ereignis im Nordwesten Deutschlands ziehen, damit eine ähnliche Situation in Rheinland-Pfalz nicht eintreten kann?